

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktion DIE LINKE.,
Andreas Michel, zum Kreishaushalt 2014

Sperrfrist: 19.12.2013 16:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Wer werde ich gewesen sein?

Liebe Bürgerinnen und Bürger, Herr Landrat, meine Damen und Herren,

Das ist wohl die Frage, der wir uns vermutlich eines Tages stellen müssen.

Dass unsere Gemeinden unterfinanziert sind, ist ja kein Geheimnis! Nur, was machen die hier vertretenen Parteien? Statt eine Politik ihrer Parteien auf Bundes- u. Landesebene einzufordern, die auch die Kommunen in die Lage versetzt ihren Aufgaben nach zu kommen, versuchen sie zu sparen, wo es nur geht.

Als Beispiel die Sparkommission.

Der Kreis muss sparen wird die Verwaltung uns entgegenhalten.

Sparen muss aber das Ergebnis von entsprechenden Analysen und Festlegungen durch Ausschüsse und den Kreistag sein. Einzig die Verwaltung zu beauftragen Einsparungen vorzunehmen, ist der falsche Weg.

Das wäre Planwirtschaft, die ja sonst hier gerne und heftig abgelehnt wird.

Ausgangspunkt muss also die Analyse der Aufgaben sein.

Fragen wie:

- Ist diese Aufgabe noch nötig?
- Wer kann die Aufgabe am besten lösen?
- Welche Informationsflüsse sind dazu nötig, welche technischen Hilfsmittel sind erforderlich und
- Welchen Standard für die Qualität wollen wir festlegen?

Müssen gemeinsam mit allen Beteiligten (Verwaltung, Städte und Gemeinden, Ausschüsse, Kreistag...) beantwortet werden.

Ziel ist eine optimale Aufgabenerfüllung sicherlich auch unter Beachtung der Finanzen.

Betrachten wir einmal die demografische Entwicklung die, wenn es darum geht, den Bürgerinnen und Bürgern „Sparmaßnahmen auf jedem Sektor“ zu verkaufen, immer wieder gerne herangezogen wird, auch vor den Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung nicht halt macht.

Für sie bedeutet das nämlich eine Verdichtung der Arbeit, sinkende Qualität, Abbau des Dienstleistungsangebotes, Beförderungen bleiben jahrelang liegen, Stellenbesetzungen erfolgen nicht mehr — oder mit Verspätung.

Fazit: Ein altersbedingtes Personal-Drama kommt auf uns zu.

Es muss also eine kontinuierliche Aufgabe sein und darf nicht pauschal zur Reduzierung des Personals führen. Außerdem möchte ich an dieser Stelle bemerken, ist dieses bevorstehende Szenario ja nicht vom Himmel gefallen.

Im Gegenteil, es ist ein selbst verursachtes Problem, was dem Kreis da auf die Füße fällt.

Aus diesem Grund ist die Entscheidung der Kreisverwaltung nicht mehr über Bedarf auszubilden auch eine Entscheidung in die falsche Richtung. Dem Problem einer überalterten Verwaltung müssen wir als Märkischer Kreis damit begegnen mehr auszubilden, anstatt weniger. Der Kreis hat hierbei auch eine Vorbildfunktion.

Jedenfalls, meine Damen und Herren,

Man kann sich und andere auch totsparen. Vor allem dann, wenn man es an der falschen Stelle tut.

Wir müssen uns alle überlegen, ob wir Leistungen streichen, die wir in Zukunft dann nur noch durch erhebliche Finanzaufwendungen wieder aufnehmen können. Denn die Kürzungen von heute sind die Verluste von morgen.

Auch den immer wieder gerne herangezogenen Verweis auf die Zukunft unserer Kinder und Enkel im Hinblick auf den Schuldenberg können wir so nicht gelten lassen. Alle Regierungsparteien haben in den letzten Jahren alles getan, damit die Zukunftsaussichten der nachfolgenden Generationen wenig optimistisch sind. Interessant ist doch, dass den Regierenden die nachfolgende Generation immer erst dann einfällt, wenn es um mögliche Schulden oder um Kürzungen geht. Wenn es um ungerechte Vermögensverteilung geht, die ursächlich für die misslichen Zustände unserer Gesellschaft sind, wird das seitens der Verursacher dieser Umstände gerne vergessen zu erwähnen.

Nicht Verschuldung gefährdet die Zukunft unserer Kinder, sondern wenn notwendige Zukunftsinvestitionen unterbleiben.

Konsequenz ist das Ausbleiben von öffentlichen Investitionen in Bildung, Soziales, Gesundheit, Umwelt oder in den Ausbau erneuerbarer Energien.

Und auch das alles ist ja nicht durch eine Naturkatastrophe entstanden, sondern durch eine falsche Politik, egal welche Koalitionen in Regierungsverantwortung waren.

In Ihrer Rede zur HH-Einbringung, Herr Landrat, sprachen Sie von „Sozialen Wohltaten“.

Welche sozialen Wohltaten sollen das denn sein?

Meinen Sie damit etwa Aufgabenbereiche, die zu den Kernbereichen einer lebenswerten Kommune gehören?

Präventive Jugendarbeit z.B., die der Sportvereine, Wohlfahrtsverbände und Jugendeinrichtungen dürfen wir dabei auch nicht vergessen, leisten eine wertvolle und notwendige Arbeit im präventiven und integrativen Bereich. Demzufolge sollten Ausgaben dafür eigentlich zur Pflichtaufgabe der Kommunen zählen und vom Bund – auch in finanzieller Hinsicht - entsprechend gewürdigt werden. Steigende Kosten, etwa für Heimunterbringungen sowie Transferleistungen als Folge eines Scheiterns in der beruflichen Entwicklung, könnten die Folge sein.

Oder meinen Sie Kostenfreiheit für den gesamten Bildungsverlauf, um Chancengleichheit zu erhöhen und als Beitrag gegen Armut und Erwerbslosigkeit?

Die Finanzierung solcher Angebote, unabhängig von der Frage, ob sie sinnvoll sind, sind doch nur Pfennige und Cent im Verhältnis zu den Millionen, die wirklich gebraucht werden.

Oder reden wir über die Schließung eines ganzen Schulstandortes?

Ist es schon eine soziale Wohltat, wenn man Bildung nicht rein ökonomisiert betrachtet?

Allgemeinbildende und berufsbildende Schulen in einer Gemeinde bedeuten auch Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger, die bei der Wahl des Wohnortes eine große Rolle spielt. Sehr große Klassen sind pädagogisch fragwürdig. Der amerikanische Philosoph Sandel sagt: „Wir gehen von der Marktwirtschaft in die Marktgesellschaft.“

Und das wollen wir nicht. Es gibt Gebiete, die nicht kommerzialisiert werden dürfen. Es hätten Kriterien für den Bestand der Schule erarbeitet und im Ausschuss diskutiert werden müssen. Die Betrachtung von Bildung muss in die Zukunft gerichtet sein unter allen Gesichtspunkten erfolgen, nicht nur unter wirtschaftlichen.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine Randbemerkung dazu, welche besonderes Licht es auf das Demokratieverständnis dieses Gremiums die Tatsache wirft, dass CDU und SPD gegen jede vernünftige Argumentation eine Schulstandortschließung zum jetzigen Zeitpunkt durchfechten mussten. Demokratie, meine Damen und Herren, lebt auch von einer konstruktiven Opposition. Die konstruktive Opposition bestand in diesem Falle aus vier Fraktionen. Die Missachtung dieser Tatsache lässt dieses Gremium zu einer Destruktion verkommen.

Demokratie muss man offensichtlich lernen.

Wenn man, liebe SPD, die Stimmenmehrheit hat, ist das scheinbar noch schwierig.

Zurück zu den „sozialen Wohltaten“ des Landrates, der den immer wichtiger werdenden Standortfaktor „Bildungsangebot“ in Qualität, Quantität, Kostenstruktur und Wohnortnähe wohl außer Acht lässt.

Wir hören die Klagen über Fachkräftemangel. Der Ruf nach „kontrollierter Zuwanderung“ wird immer lauter. Experten lassen sich darüber aus, dass es weltweit genügend Fachkräfte gibt, sie müssten nur hier her kommen. Aber dazu müssen wir auch etwas anbieten. Was wollen Menschen die sich beruflich neu orientieren wollen? Einen guten Job? Eine gute Bezahlung? Ja, aber das alleine reicht nicht aus. So werden Sie keine relevante Zahl junger Fachkräfte aus anderen Ländern in den Märkischen Kreis locken können.

Diese Menschen werden genau hinschauen, wer ihnen außer einem guten Job auch ein gutes Bildungsangebot für ihre Kinder zur Verfügung stellt.

Ja, der MK ist Spitze, Spitze allerdings bei der Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss. Der MK ist auch Spitze bei der negativen Reihenfolge junger Menschen ohne Abitur.

Sie werden auch hinschauen, wer ihnen einen anspruchsvollen und dennoch bezahlbaren Wohnraum, ein gutes Gesundheitswesen und ein großes und attraktives Freizeit- und Kulturangebot bietet. Wir brauchen keine künstliche Willkommenskultur, sondern eine Begegnung auf Augenhöhe.

Den größten Fehler aber machen wir, weil wir das Fachkräftepotential im eigenen Land, in der eigenen Kommune ignorieren. Es gibt sehr viele gut ausgebildete Frauen, die gerne Vollzeit arbeiten würden, dies aber nicht können, weil die Versorgung mit Ganztagsangeboten für ihre Kinder nach wie vor eine Katastrophe ist.

Es ist kein Zufall, dass der Ausbau so langsam läuft.

Die Bundesregierung offeriert jetzt Geld für die Nicht-Inanspruchnahme dieser Plätze, eine Prämie von zunächst 100 und später 150 EURO. Das wird von den Beteiligten und rund 80 Prozent der Bevölkerung als falsch bezeichnet.

Jetzt fehlt nur noch, dass für die Nicht-Inanspruchnahme der Bundespost eine Brieftaubenprämie gezahlt wird.

Stellen wir uns vor, wir erhöhen den kommunalen Anteil von Kindertageseinrichtungen und stellen hochqualifiziertes Personal ein. Wir fördern unsere Kinder so, dass sie alle einen hohen Schulabschluss schaffen. Die Zahl der Analphabeten geht gegen Null.

Einheimische und eingewanderte Fachkräfte finden im Märkischen Kreis eine tolle lebenswerte Infrastruktur. Gibt es bessere Standortfaktoren, als die, die nicht nur für die Unternehmensleitungen, sondern auch deren Mitarbeiter sind?

Über DIE LINKE soll man nicht sagen können, wir hätten aktiv daran mitgewirkt, dass der Märkischen Kreis nur noch eine Mangelverwaltung ist, ohne den Willen zur Mitgestaltung.

Aber, meine Damen und Herren, immer noch werden wir von der Bundesregierung und der Landesregierung in Düsseldorf nicht mit den finanziellen Mitteln ausgestattet, die Kreise und Kommunen benötigen, um die Gesetze zu erfüllen, die in Berlin und Düsseldorf beschlossen werden.

Als Fraktion DIE LINKE lehnen wir die Bevormundung und die Zwangsbewirtschaftung des Kreises durch die Landesregierung ab. Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht mit ihrem Geld und ihrer Lebensqualität die Löcher stopfen, die eine katastrophale Fiskalpolitik, vor allem des Bundes, zugunsten von Unternehmen, Banken und Spekulanten gerissen hat. Unser Weg ist es, die soziale Verteilungsgerechtigkeit wieder herzustellen, dann sind Kürzungen unnötig.

Natürlich wissen wir, dass die finanzielle Lage seit Jahrzehnten schlecht ist. Aber niemals zuvor war sie so dramatisch wie in den letzten Jahren.

Beginnend mit der SPD/GRÜNE-Regierung unter Schröder und Fischer wurde massiv in den Sozialstaat eingegriffen, das Rentensystem gekippt, der Arbeitsmarkt und die Finanzmärkte dereguliert, der Staat durch Senkung der Spitzensteuersätze um mehr als 10 Prozentpunkte, der Betriebssteuern um mehr als 12 Prozent usw. systematisch arm gemacht. Die Hartz-Gesetze waren und sind ein Verbrechen an unserem Sozialstaat.

Und es ist nicht so, liebe SPD, dass Ihr euch damals nicht dem „Zeitgeist“ entziehen konntet. Denn die Schröder-SPD hat diesen Zeitgeist erst geschaffen und Rosa ausgekleidet. Damit war die Tür geöffnet für weiteren Sozialabbau und Rentenklau, der durch die Regierung Merkel-Steinbrück fröhlich weiter betrieben wurde.

Mit den Folgen haben wir jetzt in den Kommunen zu kämpfen. Und der Gipfel ist das 2011 verabschiedete kommunale Strangulierungsgesetz, das als „Stärkungspaktgesetz“ daherkommt.

Aber auch das Land hat sich ja gerne bedient. Die NRW-Landesregierungen haben seit den 80er Jahren den Verbundsatz kontinuierlich abgesenkt. Auch dabei spielte die Couleur der Verantwortlichen keine Rolle.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz vom 14.02.2012 (Az. VGH N 3/11) zur Verfassungswidrigkeit des Finanzausgleichsgesetzes 2007 hinweisen.

Dieses Urteil ist von herausragender Bedeutung, weil es zweifelfrei deutlich macht, dass:

- ein Bundesland verpflichtet ist, seine Kommunen "angemessen" mit Finanzmitteln auszustatten, so dass Letzteren "... die Wahrnehmung freier, nicht kreditfinanzierter Selbstverwaltungsaufgaben ..." möglich bleibt,
- dass staatliche und kommunale Aufgaben grundsätzlich gleichwertig sind und deshalb zu einem symmetrischen Ausgleich gebracht werden müssen,
- dass kommunale Finanzmiseren vielfach durch Aufgabenübertragung seitens der Länder verursacht sind und eine rein mathematische Verteilungssymmetrie deshalb nach "verfassungsrechtlich gebotene[n] Wertungen" zugunsten der Kommunen korrigiert werden muss;
- schließlich werden am Ende der Entscheidungsgründe die Verfassungsprinzipien ausformuliert, nach denen der kommunale Finanzausgleich rechtmäßiger Weise durchzuführen ist.

Zwar betrifft das Urteil unmittelbar nur das Land Rheinland-Pfalz; das kommunale Selbstverwaltungsrecht ist jedoch im Grundgesetz und in allen Landesverfassungen gleichermaßen garantiert, so dass diese Prinzipien auf alle Länder übertragbar sind..

Notwendige Anstrengungen auf Bundesebene, höhere Einnahmen durch eine gerechtere Steuerpolitik zu erzielen - Stichwort Vermögenssteuer – bleiben, wie es derzeit aussieht, auch in Zukunft aus. Dadurch könnten aber insbesondere notleidende Kommunen, erheblich entlastet werden. Zukunftweisend wäre beispielsweise auch die Umwandlung der reinen Gewerbesteuer zu einer fortschrittlichen und gerechten Gemeindewirtschaftssteuer.

Danken möchten wir an dieser Stelle, trotz sicherlich teilweise unterschiedlicher Auffassung, dem Kämmerer, Herrn Heer, dass er uns den Kreishaushalt erneut verständlich näher gebracht hat.

Allerdings beruht der uns vorliegende Haushalt zunächst einmal auf Annahmen. Das ist ja bei jedem Haushalt so. Aber wenn sich nur ganz wenige dieser Annahmen nicht einstellen — was dann? Dann ist er nicht das Papier wert, auf dem er verfasst wurde.

Oder um ein Bild anzubieten. Wenn der Haushalt ihr Anzug ist, Herr Landrat, kann nur gewarnt werden: Einmal bücken, und der Anzug platzt aus allen Nähten — und Sie stehen im Freien.

Sie erinnern sich?

Wer werde ich gewesen sein?

Was man über uns und unsere Arbeit für den Märkischen Kreis irgendwann einmal sagen wird, hat jeder selbst in der Hand.

Über uns als LINKE wird man jedoch nicht sagen können, wir hätten eine reine Einsparpolitik und einen Haushalt, der nur auf Annahmen beruht, ohne Platz für Visionen und zukunftsfähige Ideen zu lassen, mitgetragen.

Aus diesen Gründen werden wir dem Kreishaushalt 2014 nicht zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.